

Manuela Haldner-Schierscher: «Regierung fährt mit angezogener Handbremse»

Die FL-Abgeordnete fordert mehr Mut bei Klimaschutz und Gleichstellung und kündigt ein Novum für die Gemeinderatswahlen an.

Desirée Vogt

Im vierten und letzten politischen Sommergespräch zieht Manuela Haldner-Schierscher, Landtagsabgeordnete und Vorstandsmitglied der Freien Liste, eine pointierte Zwischenbilanz zur aktuellen Landes- und Gemeindepolitik.

Im Zentrum des Gesprächs steht die anstehende Landtagsdebatte zur Volksinitiative für eine Fristenlösung, bei der sie für Entkriminalisierung, Selbstbestimmung und eine sachliche Enttabuisierung plädiert. Zugleich übt sie deutliche Kritik an der Regierungsarbeit, die sie als «mutlos» und von einer Politik «mit angezogener Handbremse» geprägt sieht – insbesondere angesichts fehlender Massnahmen bei Klimaschutz und Hitzeschutzstrategien sowie bei den Herausforderungen des demografischen Wandels. Darüber hinaus nimmt Haldner-Schierscher Stellung zu den jüngsten Turbulenzen in der Gemeinde Triesen, gibt Einblicke in die Arbeit der PUK Landesspitale und wirft einen optimistischen Blick auf die Gemeinderatswahlen 2027, für die sie paritätische Listen und ein historisches Novum für die Freie Liste ankündigt.

Fristenlösung: Mit welchen Schwerpunkten geht die Freie Liste in die Landtagsdebatte?

Im Landtag solle nochmals verdeutlicht werden, was die Initiative bezweckt: die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten, eine ausdrückliche Gewissensfreiheit für das medizinische Personal, die Aufhebung des Informationsverbots sowie die Kostenübernahme durch die Krankenkassen. Die Initiative treffe keine moralische Bewertung, sondern stelle die Angemessenheit der Strafbarkeit zur Diskussion, so Haldner-Schierscher. Man benötige eine gesellschaftspolitische Debatte, um eine ausgewogene Lösung zwischen dem Schutz des Lebens und dem Recht auf Selbstbestimmung sowie dem Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen im eigenen Land zu finden. «Das werden wir so noch einmal zur Diskussion stellen. Und hoffen sehr, dass wir einen respektvollen und sachlichen Diskurs darüber führen können.»

Wie beurteilt die Freie Liste die ablehnende Haltung der Regierungschefin in dieser Sache?

Zwar sei die persönliche Haltung der Regierungschefin zu respektieren. Allerdings zeigt sich Haldner-Schierscher überrascht und befremdet über das Argument, dass die Initiative die Abbrüche «wie durch eine Drehtüre» oder im Vorbeigehen ermögliche. Diese Haltung verkenne, wie schwerwiegend eine solche Entscheidung für Betrof-



Redaktorin Sina Thöny (links) im Gespräch mit Manuela Haldner-Schierscher, Landtagsabgeordnete und Vorstandsmitglied der Freien Liste.

Bild: Marco Ritter

fene sei. «Als ob es ein Leichtes wäre, eine Entscheidung zu treffen, wenn man mit einer ungewollten Zwangsentscheidung konfrontiert ist. Und als ob die Hürde im Land, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen zu können, nicht schon gross und hoch genug wäre.» Zudem werde übersehen, dass die bestehende Kriminalisierung den Druck und die Unsicherheit auf Betroffene massiv erhöhe. Innerhalb der FL-Basis sei diese Positionierung als befremdlich aufgenommen worden, da man sich von der ersten Regierungschefin mehr Mut in Gleichstellungsfragen und in der Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Frauen erhofft habe.

«Werden mit einem Novum aufwarten, dass es so in der Geschichte der Freien Liste noch nicht gegeben hat.»

Das Informations- und Werbeverbot: Wie muss es nun konkret ausgelegt werden?

Regierungschefin Brigitte Haas sprach in Bezug auf Artikel 98a von einem Werbeverbot, das Initiativkomitee legt diesen eher als Informationsverbot aus. Gemäss Manuela Haldner-Schierscher ist dieser Punkt eben nicht klar. Die geltende Rechtslage sei in der Praxis widersprüchlich. Da kein Fall einer strafrecht-

lichen Verfolgung bekannt sei, bestehe ein deutliches Spannungsverhältnis zwischen formellem Recht und gelebter Praxis. Diese Unklarheit belaste die Beratungspraxis erheblich: «Wenn man ohnehin nicht weiss, ob man sich rechtlich auf dünnem Eis bewegt (...), schafft das ein Klima von Unsicherheit und Druck.» Betroffene müssten sich in einem sicheren Umfeld anvertrauen können, ohne dass das «Damoklesschwert des Strafrechts» über ihnen schwebte. Eine Fristenlösung sei der entscheidende Schritt zur Enttabuisierung. Da jährlich rund 40 Schwangerschaftsabbrüche im Ausland vorgenommen würden, sei eine eigene Abtreibungsklinik in Liechtenstein zwar unwahrscheinlich, Gynäkologinnen und Gynäkologen könnten jedoch medikamentöse Abbrüche anbieten. Durch die vorgeschlagene Gewissensfreiheit werde zudem kein Arzt zu einem Eingriff gezwungen.

Die Krise(n) in Triesen

Wie bewertet die Freie Liste die Vorkommnisse rund um den VU-Konflikt einerseits und den Kassenbetrug andererseits? Aus der Distanz sei eine Beurteilung kaum möglich, weshalb sich Haldner-Schierscher nicht zu allfälligen Fehlern äussern will.

Sie befürwortet jedoch eine unabhängige Untersuchung, um auf Basis gesicherter Fakten Massnahmen zu ergreifen: «Schwierig finde ich es, aus dem Bauch heraus zu argumentieren und eine Meinung kundzutun.» Und warum verhält sich die Freie Liste in Triesen bisher zurückhaltend, obwohl sie mit einem Sitz im Gemeinderat vertreten ist? Die parteipolitischen Querelen seien eine schwere Belastung für den gesamten Gemeinderat, ist sich Manuela Haldner-Schierscher bewusst. Die FL-Gemeinderätin habe natürlich ein substantielles Interesse daran, dass das Gremium im Sinne der Bevölkerung arbeite. Transparenz sei in beiden Fällen wichtig, doch es sei der Sache keineswegs dienlich, interne Geschichten «über den Latrinengang hinauszutragen».

Die Gemeinderatswahlen 2027 und die Ambitionen der Freien Liste

Die Vorbereitungen laufen laut Haldner-Schierscher «sehr gut». Der Partei gelinge es weiterhin, ihre Listen paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen. Zudem kündigt sie eine Überraschung an: «Die Freie Liste wird mit einem Novum aufwarten, das es so in der Geschichte der Freien Liste noch

nicht gegeben hat.» Details dazu sowie allfällige Vorsteherkandidaturen würden aber erst an der Nominationsversammlung im Herbst präsentiert. Und welche Partei trotz früherer Mandatsverluste?

Ziele verfolgt die Partei trotz früherer Mandatsverluste? Die Freie Liste investiere viel Energie darin, den Kontakt zur Basis in allen Gemeinden von Ruggell bis Balzers zu intensivieren. Man blicke positiv auf die Wahlen 2027, da die Kernthemen der Partei die Menschen ansprechen würden. Das erklärte Ziel sei es, mit möglichst vielen Personen in den Gemeinderäten vertreten zu sein und den Wählern landesweit eine Option zu bieten.

Kritik an der Regierungsarbeit

Haldner-Schierscher beurteilt das Agieren der Regierung unverändert als «mutlos» und spricht von einer «Politik mit sehr angezogener Handbremse». Progressive Vorstösse würden gänzlich fehlen. Besonders kritisiert sie den fehlenden Einsatz beim Klimaschutz: Beim Thema Hitzesommer und den Auswirkungen auf Mensch und Ökosystem habe die Regierung «keinen Buchstaben» verloren. Die FL fordere Massnahmen zur Klimawandelanpassung sowie eine umfassende Hitzeschutz-

und Kühlstrategie für Liechtenstein. Mit Verweis auf die Regierungsvorstösse zu AHV und Gesundheit lässt Manuela Haldner-Schierscher wissen, dass die Freie Liste zwar die Bedeutung der Sicherung der AHV anerkenne, jedoch eine ganzheitliche Betrachtung des demografischen Wandels und der Arbeitswelt verlange. Bei jeder Massnahme müsse kritisch hinterfragt werden, wer am Ende den Preis zahle, um ein faires und gerechtes System zu bewahren.

PUK zum Landesspital

Die Kommission habe sich vor den Sommerferien konstituiert und stehe mitten in den Vorbereitungs- und Aktenstudien. Erste Erkenntnisse würden dem Landtag voraussichtlich in der kommenden Sitzung zur Kenntnis gebracht. Da sie selbst nicht Mitglied der PUK sei, könne sie keine inhaltlichen Details zu den Zwischenständen nennen.

